

Wie die EU-Kommission jüngst auf Nachfrage einräumte, finanziert sie aktuell mit über 600.000 Euro das Journalisten-Netzwerk OCCRP. In Deutschland gehören unter anderem *Der Spiegel*, *Die Zeit* und die *Süddeutsche Zeitung* zu dem Netzwerk. Offiziell dienen die Gelder der „Förderung von investigativem Journalismus“. Pikant: Die Förderzusage erfolgte kurz nach der EU-Wahl und nachdem Medien aus dem Umfeld des Netzwerks in Kampagnenform „Investigativ-Artikel“ auf Basis von angeblichen Geheimdiensterkenntnissen gegen EU-kritische Politiker veröffentlicht hatten. OCCRP selbst wurde 2008 gegründet, die Anfangsfinanzierung in Millionenhöhe erfolgte über verdeckte Kanäle des US-Außenministeriums. Vermittelt wurde die Finanzierung aus dem US-Geheimdienstumfeld, namentlich dem ehemaligen Offizier der US-Armee David Hodgkinson, der sich aktuell der Koordinierung der 18 US-Geheimdienste widmet. Von **Florian Warweg**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250910\\_Wieso\\_zahlte\\_EU\\_Kommission\\_nach\\_der\\_EU\\_Wahl\\_ueber\\_600000\\_Euro\\_an\\_umstrittenes\\_Journalisten\\_Netzwerk\\_OCCRP\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250910_Wieso_zahlte_EU_Kommission_nach_der_EU_Wahl_ueber_600000_Euro_an_umstrittenes_Journalisten_Netzwerk_OCCRP_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Am 28. August 2025 [erklärte](#) die finnische EU-Kommissarin für Digitale und Grenztechnologien, Henna Virkkunen, im Namen der EU-Kommission, dass das Journalisten-Netzwerk OCCRP (Organized Crime and Corruption Reporting Project - Projekt zur Erfassung und Veröffentlichung von organisierter Kriminalität und Korruption) derzeit eine EU-Kofinanzierung in Höhe von 604.269 Euro erhalte und bei weiteren zwei EU-finanzierten Projekten als „assoziierter Partner“ agiere. Die Förderung diene „der Stärkung der journalistischen Sektoren (...) und der Handlungsfähigkeit von europäischen Journalistinnen und Journalisten, Nachrichtenredaktionen und Medienunternehmen mithilfe von Schulungen und Instrumenten für investigativen Journalismus“. Die Antwort erfolgte auf eine Anfrage des EU-Abgeordneten Petr Bystron (AfD).

DE  
E-002383/2025  
Antwort von Henna Virkkunen  
im Namen der Europäischen Kommission  
(28.8.2025)

Seit 2020 hat das Projekt zur Berichterstattung über organisierte Kriminalität und Korruption (OCCRP) durch seine Teilnahme an einem laufenden Projekt eine EU-Kofinanzierung in Höhe von 604 269 EUR erhalten<sup>1</sup>. Bei anderen Projekten ist das OCCRP ein assoziierter Partner, der keine EU-Kofinanzierung erhält<sup>23</sup>.

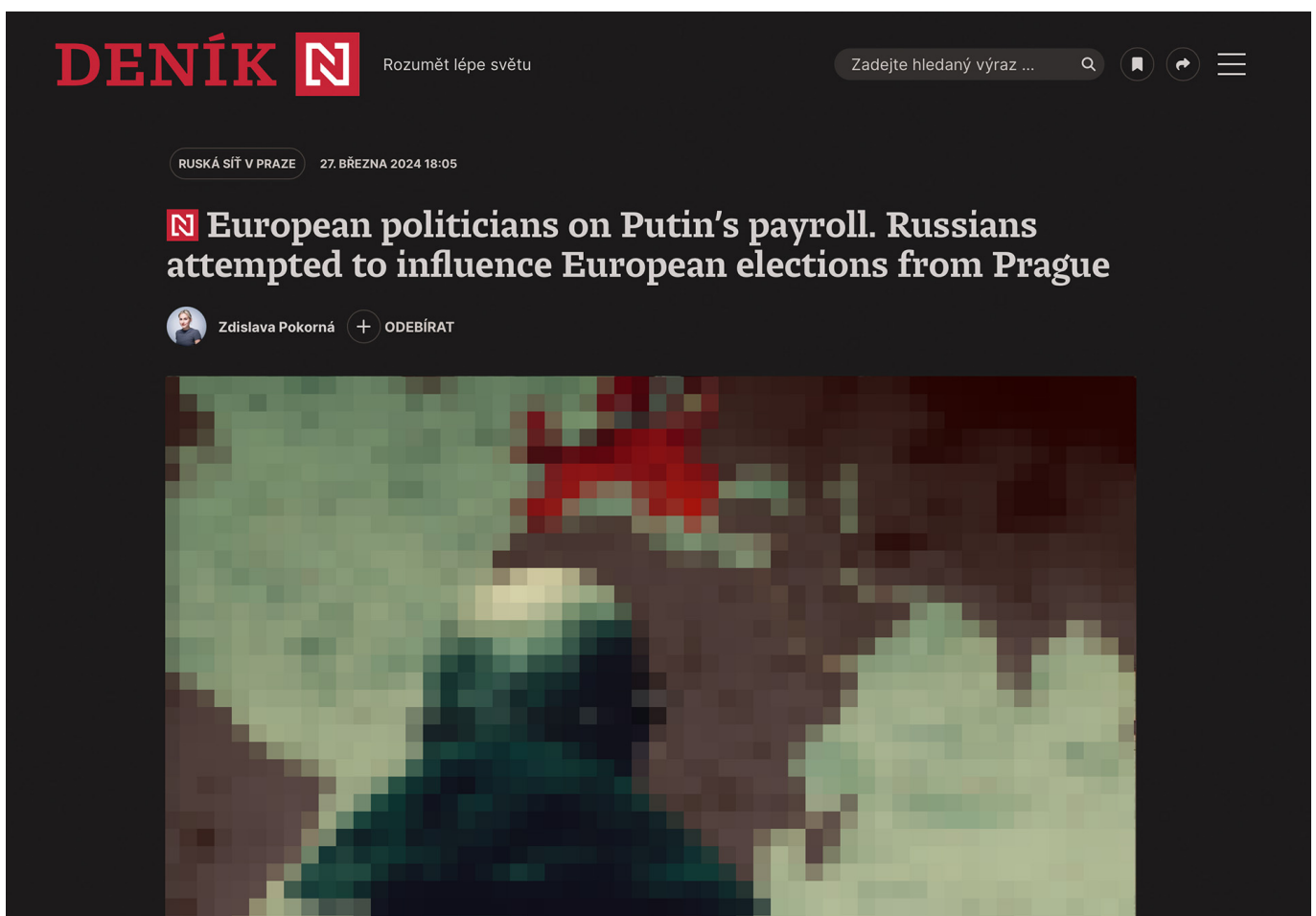
Die EU-Kofinanzierung erfolgt nach transparenten Regeln. Im Rahmen offener Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen wählt die Kommission jedes Jahr mehrere Projekte aus – in diesem Fall, um zur Stärkung der journalistischen Sektoren beizutragen. Alle ausgewählten Projekte entsprechen professionellen journalistischen Standards, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Methoden zur Gewährleistung von Genauigkeit, Objektivität, Unabhängigkeit und professioneller Berichterstattung, Unparteilichkeit und pluralistischen Standpunkten. Nach diesen Grundsätzen nimmt das OCCRP am Projekt NEXT-IJ teil, das die Handlungsfähigkeit von europäischen Journalistinnen und Journalisten, Nachrichtenredaktionen und Medienunternehmen mithilfe von Schulungen und Instrumenten für investigativen Journalismus stärkt.

### **Die „Voice-of-Europe-Affäre“**

Mehrere EU-Abgeordnete, darunter auch Bystron selbst, sehen nach eigener Darstellung in der Förderung von OCCRP „eine Parteinahme, da OCCRP-Medien vor der EU-Wahl EU-kritische Politiker ohne Beweise als angebliche ‚Moskau-Agenten‘ darstellten“. Betroffen von der tatsächlich fragwürdigen Berichterstattung rund um die sogenannte „Voice-of-Europe-Affäre“ mit Verweis auf angebliche Erkenntnisse und Videoaufnahmen des tschechischen Geheimdienstes BIS waren Politiker und Kandidaten für die EU-Wahl in sechs Ländern der EU (Deutschland, Belgien, Frankreich, Ungarn, den Niederlanden und Polen).

Ausgangspunkt war die Behauptung der tschechischen Tageszeitung *Deník N*, dass vornehmlich „rechtspopulistische“ Kandidaten für die „Europawahl“ aus den genannten Ländern von dem „prorussischen Propagandamedium“ *Voice of Europe* mit Sitz in Prag „Hunderttausende Euro“ entweder bar oder in Form von Kryptowährung erhalten hätten. „Hauptakteure im Einflussnetzwerk“ seien „zwei ukrainische Geschäftsleute und Politiker mit engen Verbindungen zu Russland – Viktor Medwedtschuk und sein enger Vertrauter Artem Marschewski“ gewesen.

Als Quelle wurde auf Geheimdiensterkenntnisse verwiesen und in diesem Zusammenhang behauptet, der tschechische Geheimdienst BIS würde über entsprechende Video- und Audioaufnahmen verfügen. Auffällig hier: Die sonst eigentlich nur auf tschechisch publizierende Tageszeitung veröffentlichte diese „Investigativstory“ am 27. März um 18:05 Uhr auf Englisch unter dem Titel: [„European politicians on Putin’s payroll. Russians attempted to influence European elections from Prague“](#) („Europäische Politiker auf Putins Gehaltsliste. Russen versuchten, von Prag aus Einfluss auf die Europawahlen zu nehmen“).



In Deutschland geriet insbesondere der AfD-Kandidat auf Listenplatz 2 für die Europawahl, der Deutsch-Tscheche Petr Bystron ins Visier der Berichterstattung. Genau zehn Minuten nach der Veröffentlichung von *Deník N* veröffentlichte der OCCRP-Kooperationspartner *SPIEGEL* unter der Überschrift [„Europäische Politiker sollen Hunderttausende Euro aus Russland bekommen haben“](#) einen sehr ähnlichen Artikel. Immerhin fügte die Redaktion in dem Fall noch „sollen“ in den Titel ein.

Verdächtiges Internetportal »Voice of Europe«

## Europäische Politiker sollen Hunderttausende Euro aus Russland bekommen haben

Die tschechische Regierung hat eine große Einflussoperation Russlands gegen sechs EU-Länder aufgedeckt. Im Mittelpunkt stehen eine Nachrichtenseite und ein enger Freund Putins. Über das Netzwerk soll Geld geflossen sein – auch an die AfD?

Von Maik Baumgärtner, Roman Höfner, Martin Knobbe, Ann-Katrin Müller, Marcel Rosenbach, Fidelius Schmid  
und Wolf Wiedmann-Schmidt

27.03.2024, 18.15 Uhr

Am 20. April 2024 legte *DIE ZEIT*, [ebenfalls OCCRP-Kooperationspartner](#), mit dem Artikel [„AfD und Russland: 20.000 Euro, Übergabe in Prag“](#) nach.

 Menü



 AfD und Russland

## 20.000 Euro, Übergabe in Prag

In der Affäre um russisches Geld für einen AfD-Spitzenpolitiker gibt es neue Details. Der Betroffene bestreitet die Vorwürfe.

Von Christian Fuchs, Astrid Geisler, Fabian Reinbold, Holger Stark, Christian Vooren und Veronika Völlinger

4. April 2024, 18:59 Uhr

 124  Zusammenfassen 

Mit Berufung auf diese Medienberichte führte die Staatsanwaltschaft München bisher sage und schreibe 23 Hausdurchsuchungen bei Bystron durch – alle soweit bekannt ergebnislos. Die angeblichen Video- und Audiod Beweise des tschechischen Geheimdienstes für die Geldannahme von Bystron, über die *Deník N*, *SPIEGEL* und *ZEIT* so ausführlich und teilweise im Indikativ berichtet hatten, wurden bis heute nicht veröffentlicht – auch nicht in

„geleakter“ Form. Nach Ende der EU-Wahl am 9. Juni brach die Berichterstattung von *SPIEGEL* und Co. zu dem Thema auffallend abrupt ab.

Jene Berichterstattung aus dem Umfeld von OCCRP beeinflusste jedoch, so die Kritik der betroffenen Politiker, das Wahlergebnis und somit die Zusammensetzung des EU-Parlaments. Bystron erklärte in einer Pressemitteilung vom 8. September zu der Förderbestätigung der EU-Kommission in Bezug auf OCCRP, dass sich hier „der größte Medienskandal der Nachkriegsgeschichte“ anbahne. Die EU-Gelder seien angeblich für die „Unterstützung des investigativen Journalismus“ geflossen, dabei hätten „die OCCRP-Medien genau das Gegenteil gemacht – negative Informationen über EU-kritische Politiker ungeprüft und völlig unkritisch verbreitet – kampagnenartig.“ Ziel sei es gewesen, EU-kritische Politiker auszuschalten.

Ob es sich dabei um den „größten Medienskandal der Nachkriegsgeschichte“ handelt, sei mal dahingestellt, aber ein Geschmäcke hat der Zeitpunkt der Förderzusage für OCCRP wenige Wochen nach der EU-Wahl ([Zusage erfolgte am 11. Juli 2024](#)) und die zuvor aus dem OCCRP-Kooperationsumfeld lancierte Medienkampagne auf Basis nicht zu verifizierender „Geheimdienstinformationen“ gegen Bystron und weitere Kandidaten zur EU-Wahl durchaus.

## **Die fragwürdige Ausrichtung und Gründungsgeschichte von OCCRP**

Auch ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob eine Organisation wie die OCCRP von der EU-Kommission mit hohen sechsstelligen Beträgen gefördert werden sollte. [OCCRP](#) wurde 2008 gegründet und gilt nach Eigendarstellung als „die größte Organisation für investigative Berichterstattung auf der Welt“. Die NGO verfügt über ein Jahresbudget von 20 Millionen Euro, 200 Mitarbeiter auf allen Kontinenten sowie ein Netzwerk von 70 Medien, darunter große westliche Leitmedien wie *The New York Times* und *The Washington Post* in den USA, *The Guardian* in Großbritannien, *Der Spiegel*, *Süddeutsche Zeitung*, *ZEIT*, *NDR* und weitere ARD-Anstalten in Deutschland sowie *Le Monde* in Frankreich.

OCCRP hat die bekanntesten internationalen Projekte des investigativen Journalismus der letzten zehn Jahre initiiert oder war zumindest an zentraler Stelle daran beteiligt. Dazu gehören unter anderem *die Panama Papers*, *die Pandora Papers*, *Suisse Secrets*, *Narco Files*, *Pegasus Project*, *Cyprus Confidential* und die sogenannte *Laundromat*-Serie – fast ausnahmslos Projekte, die auf umfassenden Datenlecks basierten. Im Februar 2023 war das OCCRP für diese Arbeit sogar für den Friedensnobelpreis nominiert worden. Auf den ersten Blick also eine Bilderbuch-NGO. Doch kritischen Beobachtern war schon vor Jahren aufgefallen, dass die Datenlecks und Recherchen von OCCRP fast nie Informationen zu US-

Amerikanern enthielten, sondern immer Staaten und deren Eliten im Fokus hatten, die die USA als Gegner einstufen, wie zum Beispiel [Russland](#), China oder Venezuela.

Für dieses „Phänomen“ gibt es mittlerweile eine Erklärung. Denn laut einer später zensierten Recherche des *NDR* ([die NachDenkSeiten berichteten](#)) wird das „unabhängige Netzwerk“ maßgeblich von der US-Regierung finanziert. Besonders pikant: Schlüsselpositionen im Bereich Management und Redaktion beim OCCRP werden von der US-Regierung abgesegnet, die in diesem Zusammenhang auch über ein Vetorecht verfügt. Die Anschubfinanzierung selbst erfolgte größtenteils über verdeckte Kanäle wie das Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs (Büro für internationale Drogen- und Strafverfolgungsangelegenheiten) des US-Außenministeriums. Vermittelt wurde die Anfangsfinanzierung [von Mitgliedern aus dem US-Geheimdienstumfeld](#), namentlich dem ehemaligen Offizier der US-Armee David Hodgkinson, der mittlerweile für das Office of the Director of National Intelligence (ODNI) tätig ist. Hauptaufgabe von ODNI ist die Koordinierung aller 18 US-Geheimdienste.

Zudem ergab die von der *NDR*-Führung zensierte Recherche, dass die US-Regierung die Berichterstattung der „Investigativ-NGO“ bewusst steuert, indem sie ihre Mittelvergabe konditioniert. Zum einen verpflichtet Washington die OCCRP dazu, ihre Recherchen auf spezielle Länder zu fokussieren – konkret wurden in dem Zusammenhang „Russland, Venezuela, Malta und Zypern“ genannt. Zum anderen wurden die USA, egal ob US-Konzerne oder Einzelpersonen, als Recherchefeld zum Tabu erklärt.

## Over the past 10 years, the U.S. government financed the majority of OCCRP's budget

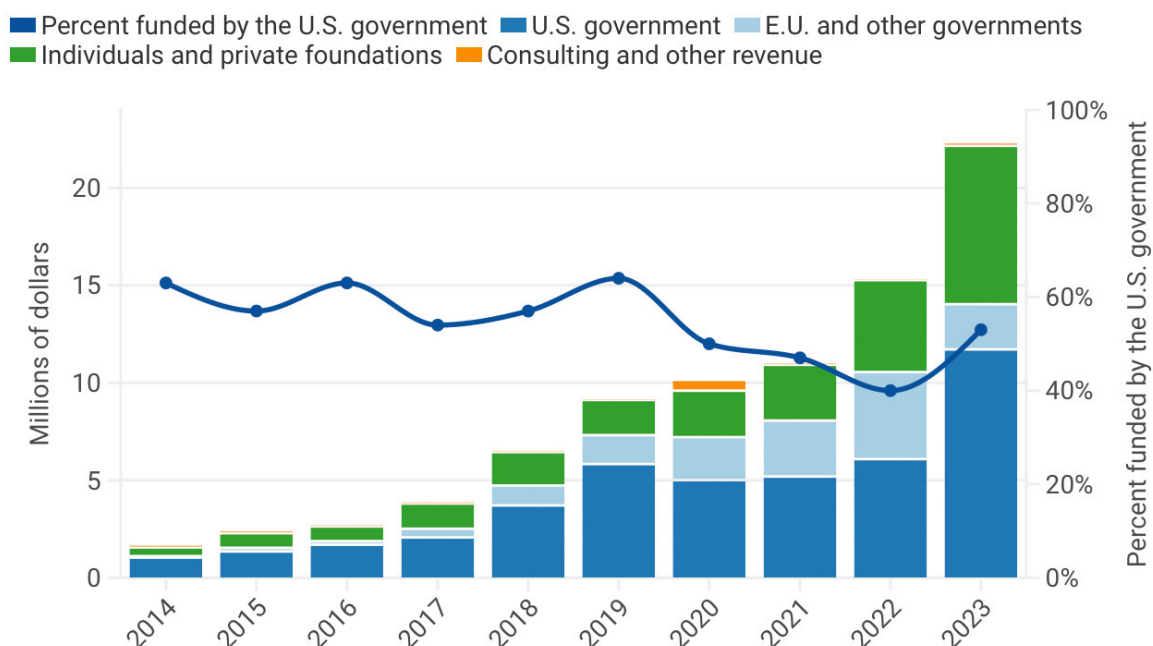


Chart: Mediapart. Source: calculations by Mediapart based on financial audits made public by the U.S. government. • The amounts provided by the U.S. government include "subgrants" totaling \$11.4 million, which are redistributed by OCCRP to partner organizations. OCCRP said in a statement that subgrants should be excluded and indicates that with this methodology, the share of US funding in its budget is 46% over the period 2014-2023.

Dass die vom *NDR* initiierte Recherche dann doch veröffentlicht wurde, ist der auf Investigativrecherche spezialisierten französischen Plattform *Mediapart* zu verdanken. Diese entschied sich trotz massiven Drucks aus den USA, anstelle des *NDR* die Rechercheergebnisse unter dem Titel [„Die versteckten Verbindungen zwischen einem Giganten des investigativen Journalismus und der US-Regierung“](#) zu veröffentlichen.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch die bisherige Reaktion oder besser gesagt Nicht-Reaktion der Medienpartner von *OCCRP* auf die Ergebnisse der Recherche. Laut *Mediapart* weigerten sich unter anderem *Der Spiegel* und andere deutsche Kooperationspartner, die Frage zu der Partnerschaft mit *OCCRP* und der dominierenden Rolle der US-Regierung zu beantworten. Und während der *NDR*, auch wenn er die Recherche zensierte, immerhin in Konsequenz die Zusammenarbeit mit *OCCRP* aufkündigte, scheinen *Spiegel*, *ZEIT*, *Süddeutsche* und Co. sich an der belegten massiven US-Einflussnahme nicht zu stören und arbeiten weiter, ebenso wie die EU-Kommission, mit

der NGO zusammen.

Titelbild: Shutterstock / PP Photos

### **Mehr zum Thema:**

[NDR zensiert eigene Recherche zu Einflussnahme der US-Regierung auf „unabhängige“ Investigativplattform OCCRP](#)

[Wie die CIA Journalisten erfolgreich für Propaganda eingespannt hat](#)

[Noch reformierbar? NDR-Redakteure beklagen sich über Zensur, Klima der Angst, Einschüchterungsversuche und Verhinderung kritischer Berichterstattung](#)

[Vortrag von Florian Warweg bei Attac Dortmund: „Medien: Vierte Gewalt oder Meinungsmacher?“](#)

[„Schwarze Zahlen schreiben“](#)

